

Meldestelle für Lokführer

SBB Passiert einem Lokführer der SBB ein Fehler, kann er dies neu bei einer speziellen Anlaufstelle melden.

Die SBB richten eine vertrauliche Meldestelle für Lokführer ein. Ab 30. November können diese per Formular oder im persönlichen Gespräch Beinaheunfälle oder andere unsichere Zustände melden. Bisher mussten sich die Lokführer an ihre Vorgesetzten wenden. Dieser Dienstweg habe manchmal Hemmungen geweckt, schreiben die SBB in der jüngsten Ausgabe der «SBB-Zeitung». «Angst vor negativen Konsequenzen ist damit kein Grund mehr, wichtige Beobachtungen zu verschweigen», heisst es.

Die SBB erhoffen sich von der Meldestelle wichtige Hinweise, um den Betrieb sicherer zu machen: Lokführer beobachteten in ihrem Alltag vieles, das zu einem Unfall führen könne, aber nicht müsse. «Die Erlebnisse und Beobachtungen der Lokführer sind zentral, wenn es darum geht, das Unternehmen sicherer zu machen», schreiben die SBB.

«Eine solche Meldestelle ist zeitgemäss, und wir unterstützen das Vorhaben», sagt Hubert Giger, Präsident des Verbandes Schweizer Lokomotivführer. Um das Vertrauensverhältnis zwischen den SBB und den Lokführern zu verbessern, brauche es aber noch weitere Anstrengungen seitens der SBB, ergänzt Giger. *sda/nb*

Tessin weibelt für zweite Röhre

GOTTHARD Bevor der Gotthard-Strassentunnel saniert werden kann, muss eine zweite Röhre her – dies fordern Tessiner Politiker und Wirtschaftsvertreter in Bern. Die Strategie des Bundes mit einer teilweisen oder vollständigen Sperrung hätte «schwerwiegende Konsequenzen».

Die Tessiner Regierung sei zum Schluss gelangt, dass der Bau einer zweiten Röhre unausweichlich sei, sagte Regierungsrat Marco Borradori (Lega) im Namen des «Komitees für den Ausbau des Gotthardtunnels» gestern vor den Medien in Bern. Diese bekannte Forderung unterlegten die Befürworter einer zweiten Röhre mit einer Studie des Basler Instituts für Wirtschaftsstudien, die das Komitee in Auftrag gegeben und mitfinanziert hat.

Kritik am Bundesratsbericht

Mitautor Silvio Borner kritisierte vor den Medien einen Bericht des Bundesrats vom Dezember 2010. Dieser wiege nur die direkten Kosten der Varianten ab und vernachlässige die Auswirkungen auf die Volkswirtschaft. Der Bundesrat hatte damals den zwingenden Sanierungsbedarf des Gotthardtunnels bis 2025 aufgezeigt und entsprechende Varianten verglichen. Als «beste Variante» bezeichnete er eine Totalsperrung während 900 Tagen. Es sei unzulässig, die Kosten der Totalsperrung (1,2 bis 1,4 Milliarden



Muss in den nächsten Jahren saniert werden: Täglich passieren durchschnittlich rund 17 000 Fahrzeuge den Gotthard-Strassentunnel.

Keystone

Franken) mit den Kosten einer zweiten Röhre (2,8 Milliarden) zu vergleichen, sagte Borner. So fielen bei einer Sperrung im Güterverkehr wie im Personenverkehr Mehrkosten durch die Umwege an. Eine zweite Röhre hingegen würde darüber hinaus die Verkehrssicherheit erhöhen.

Verlagerungspolitik sabotiert

Die Forderung nach einer zweiten Röhre steht gemäss den Befürwortern nicht im Konflikt mit der Verfassung. Die mit der Alpeninitiative festgelegte Be-

schränkung des Transitverkehrs werde eingehalten, weil nach der Sanierung beide Tunnel einspurig befahren werden sollen und somit kein zusätzlicher Fahrstreifen entstehe. Und doch sieht Borner in einer zweiten Röhre eine «Kapazitätsreserve» für die Zukunft. Schliesslich könne die Verfassung geändert werden.

Die Alpeninitiative kritisierte in einer Mitteilung postwendend, die Forderungen nach einer zweiten Röhre «sabotiere» die Verlagerungspolitik von der Strasse auf die Schiene.

«Wir können uns keinen einzigen Tag der Isolierung leisten», sagte Borradori vor den Medien. Das Projekt berge «vielfache Risiken» für die nationale Wirtschaft und insbesondere für das Tessin, erklärte der Tessiner Nationalrat Fabio Regazzi (CVP). Gegen eine Totalsperrung sprach sich auch der abtretende Ständerat Christoffel Brändli (GR, SVP). Es sei für ihn «undenkbar», den gesamten Gotthardverkehr über die San Bernardino-Route zu lenken. Zu gering sei die Kapazität und zu eng seien die Kurven. *sda*

Getränke aus dem Ausland

STARKER FRANKEN Der Wirtverband Basel-Stadt greift zur Selbsthilfe: Als erster kantonaler Verband will er Getränke selbst importieren.

Das Schweizer Gastgewerbe klagt, trotz Frankenstärke nicht von tieferen Einkaufspreisen bei ausländischen Produkten zu profitieren. Um dies zu ändern, beginnt der Wirtverband Basel-Stadt als erster kantonaler Verband damit, Getränke selbst zu importieren. Dabei handelt es sich um kleine Mehrwegflaschen von Coca-Cola und Schwepes, wie der Verband am Sonntag mitteilte. Diese kosten die Gastronomen laut dem Wirtverband bis zu 30 Prozent weniger.

Auch der Schweizer Dachverband Gastrosuisse hat die Importpreise im Visier. «Wir prüfen ernsthaft, ebenfalls Direktimporte durchzuführen», sagte Direktor Bernhard Kuster auf Anfrage. Infrage kämen dabei nicht nur alkoholfreie Getränke, sondern etwa auch Bier.

Das Gastgewerbe leide ohnehin schon unter dem starken Franken, so Kuster. «Da kann es nicht sein, dass die Wirte und Hoteliers auch noch daran gehindert werden, von tieferen Einkaufspreisen zu profitieren.» Auf nationaler Ebene sei der direkte Import ausländischer Produkte wesentlich anspruchsvoller als in einem einzelnen Kanton, räumte Kuster ein. «Die grösste Herausforderung ist die Logistik.» *sda*

Opfer häuslicher Gewalt

24-STUNDEN-BERATUNG GEPLANT

Wer Opfer von häuslicher Gewalt ist, Gewalt miterlebt oder verübt hat oder Angst hat, gewalttätig zu werden, soll landesweit über dieselbe Telefonnummer Rat suchen können. Die Justiz- und Polizeidirektoren haben ein Projekt für eine «nationale Helpline» bestellt. Ziel ist laut einer Mitteilung von gestern, ein niederschwelliges, 24 Stunden am Tag erreichbares und dreisprachiges Angebot zu schaffen. Auch ein Kontakt über Internet soll möglich sein. Häusliche

Gewalt sei in der Schweiz ein verbreitetes Phänomen. Erstellt wird das Projekt von der Schweizerischen Kriminalprävention (SKP), einer Fachkommission der Konferenz der kantonalen Justiz- und Polizeidirektoren (KKJPD). Zu den Vorbereitungen im nächsten Jahr gehören laut SKP-Geschäftsleiter Martin Boess Abklärungen zu bestehenden Angeboten der Kantone und ein Betriebs- und Finanzierungskonzept. Im November 2012 will die KKJPD entscheiden, ob die Helpline eingeführt werden soll. *sda*

Gelesen

Frauen wollen nicht besser sein

Am 7. Februar 1971 kamen in der Schweiz rund 100 Mädchen zur Welt. Sie sind also auf den Tag genau gleich alt wie das Frauenstimmrecht in der Schweiz. Zum 40-Jahr-Jubiläum gab Barbara Ritschard im Hep-Verlag das Buch «Geboren am 7. 2. 1971» heraus. Darin kommen Frauen aus der ganzen Schweiz zu Wort, die mit dem Recht auf Mitbestimmung aufgewachsen sind. Doch Gleichstellung war damit noch nicht garantiert. Eine erzählt beispielsweise, wie viel Zeit es im Emmental gebraucht habe, bis sie als Gemeindeschreiberin akzeptiert worden sei. «Am Anfang fragten die Leute am Schalter immer nach dem Chef.» Sie stellt fest: «Allgemein muss man als Frau im Beruf mehr überzeugen, das ist heute noch so.»

Theoretisch standen den 1971 geborenen Frauen alle Wege offen. Eine berichtet, wie sie als erstes Mädchen in ihrem Dorf die Matura gemacht und sich als «kämpferische Feministin» nie habe einschränken lassen. Auch als sie in Belgien verheiratet war und Kinder hatte, entschied sie sich für einen Weg, der manchen «revolutionär» erschienen sei: «Ich habe mir die Freiheit genommen, eine Zeit lang nicht zu arbeiten und mich voll meiner Familie zu widmen.» Doch sie erinnert sich: «Man wurde schräg angeschaut.»

Das Buch zeigt nicht nur, wie individuell die heute 40-jährigen Frauen ihr Leben – mit oder ohne Familie oder Karriere – gestalten; anhand von 16 eidgenössischen Abstimmungen zeigt es auch, wie die Frauen die Schweizer Politik mit ihrer Stimme beeinflusst haben. So haben sie etwa das Antirassismogesetz durchgesetzt und der Alpeninitiative ebenso zum Durchbruch verholfen wie dem neuen Eherecht. Aber das Stimmrechtsalter 18 wehrten sie, die jahrzehntelang auf ihre Mitsprache hatten warten müssen, 1979 noch ab. Sechs Jahre nach Annahme des Frauenstimmrechts gaben die Frauen auch den Ausschlag, dass die Fristenlösung abgelehnt wurde. 2002 waren sie dann auch für den straffreien Schwangerschaftsabbruch – aber immer noch weniger deutlich als die Männer.

«Die Abstimmungsergebnisse zeigen: Frauen sind nicht die besseren Menschen. Auch sie sind manchmal unsolidarisch, voreilig, ungerecht», resümiert die Berner SP-Regierungsrätin Barbara Egger im Vorwort zum neuen Buch und hält fest: «Es gehört zur Chancengleichheit, nicht ständig der bessere Mensch sein zu müssen.» *sgs*

Geboren am 7. 2. 1971
Hep-Verlag AG, 180 Seiten, 29 Franken.

ANZEIGE

Noch einfacher.

Die neue Startseite von search.ch

Ob Sie unser bewährtes Telefonverzeichnis brauchen, den Fahrplan konsultieren oder kurz das Wetter prüfen, dank der neuen Startseite finden Sie jetzt viel einfacher und schneller, was Sie suchen.

search.ch